

Erfolgsstory Österreichs. Aber: caveat!

Österreich hat sich in der Zweiten Republik trotz der vielen Opfer des Dritten Reichs und des Zweiten Weltkriegs und dessen Zerstörungen und trotz der Belastungen durch die zehnjährige vierfache Besatzung durch die alliierten Mächte, nicht zuletzt auch durch die Marshallplan-Hilfe von Schutt und Asche befreien können und eine steile Aufwärtsentwicklung genommen. Diese mutet im Vergleich zur Donaumonarchie und erst recht der prekären Lage der Zwischenkriegszeit, die in den Austrofaschismus mündete, wie ein Wunder an. Österreich wurde zur Erfolgsstory! Von Generationen von Menschen gehegte Idealbilder eines Lebens in Friede und Freiheit, politische Stabilität, steigendem Wohlstand und eine im internationalen Vergleich besonders ausgeprägte Wohlfahrt wurde zur gelebten, von den jungen Generationen oft zu selbstverständlich empfundenen Realität.

Unserem Land ist es auch gelungen, die Auswirkungen der seit 2008/09 herrschenden internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise erstaunlich gut zu bewältigen. Bereits 2011 hat unser Land wieder die Wirtschaftsleistung des Vorkrisenniveaus erreicht, dennoch betrug der durch Krise bewirkte Entgang an Wohlstand sechs Prozent. 2011 übertrafen die Exporte das Vorkrisenniveau sogar deutlich und die Beschäftigung erreichte einen neuen Höchstwert. Zudem konnte die Arbeitslosigkeit im europäischen und internationalen Vergleich niedrig gehalten werden, allerdings mit einer Rekordzahl von Frühpensionisten!

An dieser nun fast schon 70 Jahre dauernden Aufwärtsentwicklung hat die Sozialpartnerschaft in ihrer spezifisch österreichischen Ausformung entscheidenden Anteil. Der erfolgreiche österreichische Weg wäre ohne der Politik der Gewerkschaften, die ihre Zielsetzung der Durchsetzung sozialer Errungenschaften mit der Berücksichtigung der ökonomischen Machbarkeit verbunden hatten, nicht möglich gewesen. An der Ausformung dieser beispielgebenden Politik hatte Heinz Kienzl maßgeblichen Anteil. Dabei war ihm, so wie auch Anton Benya, immer bewusst, dass man nur (um) verteilen kann, was vorher erwirtschaftet wurde. Dieses Verständnis ging bei beiden auch mit der Einsicht konform, dass der Wohlfahrtsstaat, die größte soziale Errungenschaft des vorigen Jahrhunderts, nur dann dauerhaft finanziert funktioniert und daher auch nicht überfordert werden darf, wenn genug erwirtschaftet wird. Vor allem die Altersversorgung darf nicht zum Pyramidenspiel gemacht oder dem Ponzi-Schema unterlegt werden. Genau dies geschieht allerdings mit dem Umlageverfahren zu Lasten künftiger Generationen, wenn bei steigender Lebenserwartung das durchschnittliche Pensionsalter deutlich sinkt. Diese Vorgangsweise gleicht einer populistischen Robin-Hood-Politik, die weder solidarisch, noch den nachfolgenden Generationen gegenüber gerecht ist. Aus genau diesen Überlegungen hat Bruno Kreisky, kurz nachdem er zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt worden war, eine ökonomische Versamm-

lung einberufen. Diese mündete ein Jahr später, 1968, und unter wesentlicher Mitarbeit von Heinz Kienzl, in das Wirtschaftsprogramm der SPÖ.

Ebenso hatte Heinz Kienzl an der Errichtung des Wirtschafts- und Sozialbeirates im Jahr 1962 maßgeblichen Anteil. Aber auch zahlreiche andere, vielfach bis heute fortwirkende Aktivitäten, von der Meinungsforschung bis zur Europapolitik, tragen unverkennbar seine Handschrift. Heinz ist aufgrund seiner vielfachen Engagements und seiner Fitness zu einem Leitbild für ein erfülltes und der Gemeinschaft verpflichtetes Leben der Menschen geworden, die ihr Pensionsalter überschritten und längst in ihren Lebensherbst eingetreten sind.

Heinz Kienzl hat den Ruf als fachkundiger Experte, den er sich in wirtschafts-, energie- und sozialpolitischen Fragen erworben hat, nie verloren. Seine Expertise, durch seine Lebenserfahrung vertieft und verbreitet, wird von den Nachfolgern auf seinen beruflichen Tätigkeitsgebieten geschätzt, sein Rat gerne eingeholt.

Wann immer Heinz Kienzl seine Stimme in der Öffentlichkeit erhob, war es praktisch ein Ding der Unmöglichkeit, ihn zu überhören oder gar zu übergehen. Legendär ist sein Rettungseinsatz für die Elefanten aus einem verarmten Zirkus, die er vor ihrem letalen Schicksal rettete und denen er aus privaten Mitteln ein Ausgedinge einrichtete. Wenn immer sich Heinz Kienzl für ein Anliegen einsetzte, dann aus voller Überzeugung. Dabei geriet er nie in den Verdacht, ein Populist und Schönredner zu sein. Seine Geradlinigkeit hat ihn in der Auseinandersetzung um die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf und später den Bau des Wasserkraftwerks in Hainburg auch zur Zielscheibe von deren Gegnerschaft gemacht, die ihn in nicht immer feiner Manier als Technokraten und Anti-Naturschützer zu verunglimpflichen und aus der öffentlichen Arena zu drängen trachteten. Wer den naturverbundenen Heinz Kienzl und seine als Aufgabe verstandene Verpflichtung gegenüber dem Gemeinwohl kennt, weiß um die Haltlosigkeit solcher Anschuldigungen. An die von Heinz Kienzl unermüdlich angeprangerte Versäumnisse der heimischen Energiepolitik zugunsten von Energiesicherheit und Energieeffizienz wird man sich spätestens dann wehmütig erinnern, wenn die sich bereits heute abzeichnende mangelnde Energiesicherheit ans Tageslicht bringen wird, wie viel wertvolle Zeit unser Land, das längst von einem Strom-Exporteur zu einem Strom-Importeur mit einem – rund zehnpromzentigen Anteil an – Atomstrom geworden ist, mit dem Ausbau der Wasserkraft als umweltfreundlichste und ständig erneuerbare Energiequelle verstreichen hat lassen.

Durchschlagende, in der Öffentlichkeit im allgemeinen weniger bekannte Verdienste hat sich Heinz Kienzl mit seinem in währungspolitisch sehr turbulenten Zeiten überzeugten Eintreten für einen „harten Schilling“ erworben, die er während seiner Tätigkeit bei der Oesterreichischen Nationalbank verfocht, in die er 1963 als Vertreter des ÖGB eingetreten war und in der von 1973 bis 1988 als Generaldirektor und bis 1993 als Erster Vizepräsident wirkte. Sein besonderes Interesse an währungspolitische Fragestellungen rührte bereits aus der Zeit seines Studiums an der damaligen Hoch-

schule für Welthandel in Wien, hat er doch „Die Währungsmaßnahmen der Zweiten Republik“ zum Thema seiner Dissertation gewählt.

Das 1944 entstandene Währungssystem fester Wechselkurse mit dem Dollar-Gold-Standard war am 15. August 1971 von Präsident Richard Nixon und seinem Finanzminister John B. Connally für beendet erklärt worden. Damit wurde auch für Österreich die Entscheidung schlagend, mit welcher Wechselkurspolitik unser Land seinen erfolgreichen wirtschaftlichen Weg bestmöglich fortsetzen soll. Im Rahmen eines auf die österreichischen Verhältnisse zugeschnittenen und letztlich sehr erfolgreichen Policy-Mix wurde gegen zahlreiche Widerstände ein währungspolitischer Kurs gewählt, bei dem schließlich der Schilling in einem festen Wechselkursverhältnis an die Deutsche Mark (DM) als Ankerwährung angebunden wurde. Allerdings war zuvor der Schilling gegenüber dem Schweizer Franken und der DM abgewertet worden. Die Abwertung des Schillings gegenüber der Währung unseres deutschen Nachbarlands und zugleich unserem wichtigsten Handelspartners erfolgte von 1: 6 auf 1:7. Mit dieser DM-Schilling-Relation sind wir schließlich 1999 auch in die Eurozone eingetreten.

Diese sogenannte österreichische Hartwährungspolitik war tragender Teil einer auf die damaligen Erfordernisse angepassten wirtschaftspolitischen Konzeption, die später je nach den wirtschaftstheoretischen Präferenzen etwas einseitig entweder als „Austro-Keynesianismus“ (Hans Seidel) oder als „Austro-Monetarismus“ (Gottfried Haberler) etikettiert wurde.

Diese Währungspolitik hat im Nachhinein große internationale Anerkennung zugesprochen bekommen, zuletzt von Jacques de Larosière, der Ehrengast und Hauptsprecher bei dem am 13. November 2009 von der Oesterreichischen Nationalbank durchgeführten Symposiums war, das in Memoriam an Stefan Koren abgehalten wurde, der von 1978 bis 1988 deren Präsident war und nach dem Ausscheiden von Finanzminister Hannes Androsch aus der Regierung im Jahr 1981 die Federführung bei der Absicherung der eingeschlagenen Wechselkurspolitik übernommen hatte. In seiner Rede zollte de Larosière, langjähriger Managing Director des Internationalen Währungsfonds und späterer Gouverneur der Banque de France, der österreichischen Wirtschaftspolitik der 70er Jahre höchste Anerkennung und führte aus, warum er diese, als er 1987 zum Notenbankchef in Frankreich berufen worden war, für seinen eigenen währungspolitischen Kurs als Vorbild genommen habe. Diese Beurteilung unterstreicht die Bedeutsamkeit unserer währungspolitischen Entscheidung und ist auch gleichzeitig eine Würdigung für deren Vorkämpfer, zu deren Speerspitze Heinz Kienzl zählte.

Die in unserem Land gegen den heftigen Widerstand der Industriellenvereinigung, der Bundeswirtschaftskammer und damit der ÖVP, aber nicht zuletzt auch von Bundeskanzler Dr. Bruno Kreisky durchgesetzte Hartwährungspolitik war auch in der Öffentlichkeit lange Zeit alles andere als unumstritten. Ohne die uneingeschränkte Unterstützung des ÖGB, vor allem seines Präsidenten Anton Benya, wäre der damalige

wirtschaftspolitische Kurs, bei dem der Hartwährungspolitik die Rolle eines tragenden Eckpfeilers zukam, nicht möglich gewesen. Im Zusammenwirken mit Karl Waldbrunner hat Heinz Kienzl ÖGB Präsident Anton Benya von der Sinnhaftigkeit dieses Wirtschaftskurses sowie der Notwendigkeit überzeugen können, das gestiegene Leistungsbilanzdefizit und die in der Folge des Erdölpreisschocks aufgetretenen Konjunkturreinbruch durch eine vermehrte öffentliche Investitionspolitik in Bildung und Infrastruktur, aber auch eine maßvolle Lohnpolitik entgegenzuwirken. Legendär ist der Ausspruch von Anton Benya, der die Frage des Regierungschefs, warum er sich so gegen die Politik eines „weichen Schillings“ stelle mit der Feststellung quittierte: „Weil’s ein Blödsinn ist!“

Tatsächlich hat die Politik des „harten Schillings“ als Strukturpeitsche wesentlich dazu beigetragen, die österreichische Wirtschaft fitter, leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger zu machen, wovon auch der Arbeitsmarkt – und darauf war das Hauptaugenmerk von Benya gerichtet – nachhaltiger profitierte als durch kurzfristige Vorteile in Form der Verbilligung der Exporte durch eine Abwertungspolitik. Sehr viel später hat der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der „Agenda 2010“, die ebenfalls auf die Durchsetzung notwendiger Strukturveränderungen zugunsten der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft ausgerichtet war, für Deutschland ebenfalls eine Strukturpeitsche bewirkt, von deren Auswirkungen heute noch Bundeskanzlerin Angela Merkel profitiert.

Auch in Österreich wirken viele wirtschaftspolitische Modernisierungsmaßnahmen und Reformen, die in der beruflich aktiven Zeit von Heinz Kienzl getroffen wurden, bis heute nach und sind damit nicht unwesentliche Bestandteil der Erfolgsliste unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.

Aber caveat:

Der Vorrat an Früchten ist begrenzt und jeder, der eine reiche Ernte einfahren will, muss auch rechtzeitig säen und die Felder gut bestellen. Daher müssen wir uns verstärkt an den Erfordernissen der sich wandelnden Welt des 21. Jahrhunderts orientieren, gleichzeitig aber auch trachten, Schwächen, die sich im internationalen Vergleich auf tun, nicht zu bagatellisieren, sondern gründlich zu analysieren und Gegenstrategien umzusetzen. Mit Stillstand, Verhinderern und Blockierern, mit schönredender Selbstzufriedenheit in Lähmung wird dies jedenfalls nicht zu erreichen sein.

Wissen gilt als Rohstoff der Zukunft. Umso mehr müssen uns die immer schlechteren Werte alarmieren, die uns internationale Studien und zuletzt die unmissverständliche und beschämende Schelte der EU-Kommission über die mangelnde Effizienz unseres Bildungssystems bescheinigen. Die Klagen aus der Wirtschaft über den zunehmenden Fachkräftemangel und das Manko, auf immer weniger ausbildungsfähige Lehrlinge zurückgreifen zu können, zeichnet das Spiegelbild dieser Versäumnisse. Daher ist die Reform unseres gesamten Bildungsbogens vom Kindergarten über die

Schulen, die berufliche Ausbildung bis hin zu den Universitäten und der Erwachsenenbildung und dessen Anpassung an die Anforderungen der Zeit und die gesellschaftlichen Realität überfällig. Weil es sich keine Gesellschaft mehr leisten kann, die Talente ihrer Kinder zu vergeuden, aber auch, weil Bildung nicht nur für das berufliche Fortkommen, sondern auch die Gestaltung eines erfüllten Lebens immer größere Bedeutung zukommt, muss eine Bildungsreform auf die Durchsetzung der größten Chancengleichheit bei gleichzeitiger Sicherstellung der sozialen Durchlässigkeit ausgerichtet werden. Diese Handels- und Reformnotwendigkeit gilt auch für die Beseitigung der Schiefelage unserer öffentlichen Haushalte, eine zeitgerechte Energiepolitik sowie angesichts der demografischen Entwicklung für ein zukunftstaugliches Pensions- und Gesundheitssystem.

Caveat! Wenn wir unseren Wohlstand und unsere sozialen Errungenschaften erhalten und auf die Anforderung einer zunehmend älter werdenden Gesellschaft ausrichten möchten, dann müssen wir unsere Wirtschaftsstärke und unsere Wettbewerbskraft im europäischen und globalen Wettbewerb ausbauen. Wichtige Voraussetzung dafür ist eine dynamische Innovationskultur, für die wiederum neben einem modernen Bildungssystem der Ausbau von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen grundlegend ist. Mit chronisch unterfinanzierten Universitäten – das längst angekündigte Forschungsfinanzierungsgesetz liegt immer noch nicht vor – und einer Forschungslandschaft, die, wie zu beobachten ist, einen erneuten Brain-drain begünstigt, wird das nicht zu bewerkstelligen sein. Auch der Abfall bei internationalen Rankings, vor allem im Vergleich mit der Schweiz und den skandinavischen Ländern, kann uns keine Beruhigung verschaffen. So ist Österreich im EU-Innovationsanzeiger 2011 auf den 8. Platz abgerutscht, 2009 hatten wir noch Platz 6 inne. Im IMD World Competitiveness Report 2012 rangiert Österreich auf Platz 21, 2007 belegte unser Land den elften und 2010 den vierzehnten Platz. Im Teilbereich „government efficiency“ dieses Rankings hat sich unsere Position von Rang 10 im Jahre 2000 auf mittlerweile Rang 33 ebenfalls dramatisch verschlechtert. Noch schlechter fällt das Urteil über Österreichs Steuerpolitik aus, hier liegt unser Land nur auf Platz 56 von 9 Staaten. Unter den Letzten, auf Platz 50, befindet sich Österreich auch, was die Gefahren betrifft, dass Forschungs- und Entwicklungszentren abwandern könnten. Der Anfang Juni 2012 vom Rat für Forschungs- und Technologieentwicklung vorgelegte „Bericht zur wissenschaftlichen und technologischen Leistungsfähigkeit Österreichs“ bemängelt die Stagnation der Quote für Forschung und Entwicklung (F&E), die zwar in der Zeit von 2000 bis 2008 von 2 auf 2,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) angestiegen war, seither aber an Dynamik verloren hat und 2012 nur geringfügig auf 2,8 Prozent zulegen wird. Damit rückt auch das Ziel der Regierung, die Quote für F&E bis 2012 auf 3,6 Prozent des BIP zu erhöhen, in immer weitere Ferne, der Aufholprozess droht im Rückfall mit negativen Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort zu verkümmern.

Caveat! Für den Erhalt und weiteren Ausbau von breitem Wohlstand ist eine hohe Beschäftigung unumgängliche Vorbedingung. Dazu bedarf es einer starken Volkswirtschaft, aber auch einer verantwortungsvollen Arbeitsmarktpolitik. Zu der Fülle ungeklärter struktureller Arbeitsmarktprobleme zählen nicht die mehr als 300.000 Arbeitslosen, sondern auch jene, für die zwar teure, aber nicht zielführenden Umschulungsmaßnahmen bereit gestellt werden, obwohl in unsrem Land nicht zuletzt ein eklatanter Arbeitskräftemangel herrscht, weil Zuwanderung verhindert wurde. Dennoch steigt der Anteil der Gastarbeiter an. Die Zunahme der Frauenbeschäftigung vor allem im Sektor der Teilzeitbeschäftigung hat oft den einfachen Grund darin, dass es keine ausreichenden Ganztagesbetreuungsstellen für Kleinkinder und keine öffentlichen Ganztageseschulen gibt. Den Frauen entgehen dadurch im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen, die in der Regel in Vollzeit arbeiten, nicht nur Einkommen, sondern auch Karrierechancen.

Caveat! Seit Einführung des ASVG im Jahr 1956 ist die Sozialquote, also der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandsprodukt, von damals knapp zehn Prozent im Jahr 1970 auf 20 Prozent und mittlerweile auf über 30 Prozent des BIP angestiegen. Umso unverständlich ist, dass wir in unserem Land, in dem als Zeichen breiten Wohlstands 4,5 Millionen PKWs angemeldet und sich seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 jeder siebte Österreicher einen neuen PKW zugelegt hat, noch immer Armut zu beklagen ist. Dies lässt nur die Schlussfolgerung auf eine große Ineffizienz unseres Sozialsystems zu, das die wirklich Bedürftigen nicht erfasst, sich aber zugleich gegenüber Missbrauch, zu dem auch die steigende Zahl von e-card-Urlauben gehört, offensichtlich als allzu kulant erweist. Derselbe Befund gilt für die exorbitant steigenden Kosten für alle möglichen Formen von Frühpensionierungen, insbesondere der Hackler-Regelung, die praktisch nie für jene Berufsgruppen galt, deren Erwerbsarbeit schweren körperlichen Einsatz fordert, sondern zu einem Beamtenprivileg geworden ist.

Die Praxis der Gewährung hoher sozialer Unterstützung hat auch den Effekt, dass immer mehr Menschen keiner Arbeit mehr nachgehen wollen, weil das Leistungseinkommen, das sie dafür netto erhalten würden, kaum höher ausfällt als das bezogenen Unterstützungseinkommen samt damit verbundener Vergünstigungen.

All diese Missstände haben große gesellschaftliche Ungleichgewichte zur Folge und stellen das Gegenteil von Solidarität und sozialer Gerechtigkeit dar.

Caveat! Zur großen Bedrohung unseres Wohlstands und unserer Wohlfahrt zählt auch die bedrohliche Schieflage unserer öffentlichen Haushalte. Der Ausweg aus diesem Dilemma wird nur durch eine Politik, die im Bereich der öffentlichen Verwaltung auf Einsparungen vor allem auf dem Weg von mehr durch mehr Effizienz setzt, zugleich aber in die Zukunft, also in Bildung, Forschung, Wissenschaft investiert, Innovationen begünstigt und damit Wachstum fördert.

Was wir brauchen, ist eine erneute Bewegung des Aufbruchs mit dem Ziel, die Zukunft bestmöglich zu gestalten. Der Lebensweg von Heinz Kienzl steht zum Beispiel

dafür, dass solche Bemühungen oft nicht leicht, aber persönlich und letztlich auch zugunsten des gesellschaftlich Ganzen erfüllbar und erfüllend sind.

Lieber Heinz, ich wünsche Dir noch für viele weitere Jahre erfüllendes Engagement und eine erfolgreiche Tätigkeit mit meinem Dank für Deine jahrzehntelange Freundschaft.